



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 880

F/X/54 - 5.3.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Freiheit ist unteilbar	S. 1
Der Schulkampf in Belgien	S. 2
Der Vorstoß gegen das Konkordat/Belohnung aus Rom	S. 4
Zum Tode von Karl Hoeltermann	S. 5

Molotow kann sich freuen

Von Fritz Erler M&B

Das deutsche Volk führt einen leidenschaftlichen Kampf um die Wiedererlangung seiner nationalen Einheit. Aber selbstverständlich einer Einheit in Freiheit und Frieden. Freiheit, das heißt also auf der Grundlage wirklich freier Wahlen ohne jede Möglichkeit, diese Wahlen durch kommunistische Machtinstitutionen, Wahlfälschungsmethoden, Beeinflussungen oder Korruptionen in ihr Gegenteil zu verkehren.

Wären Wahlen unter folgenden Bedingungen wirklich frei?

1. Wenn die Regierung Pieck und Grotewohl Mittel des öffentlichen Haushaltes für Propagandazwecke zugunsten der Kommunisten verwenden kann?
2. Wenn aus dem Haushalt der Sowjetunion hohe Beträge für die Unterstützung sowjetfreundlicher Parteien bei der Wahl verwendet werden dürfen?
3. Wenn russische Staatsangehörige im Staatsdienst der sowjetischen Besatzungszone verbleiben?
4. Wenn nur die Kommunisten und die ihnen nahestehenden Gruppen Rundfunk- und Fernsehsender in der Zone benutzen dürfen und alle anderen freiheitlichen Parteien davon ausgeschlossen sind?
5. Wenn die unter russischer Führung stehenden staatlichen Unternehmen durch Geld und Druck die Kommunisten unterstützen dürfen?
6. Wenn Gegner der Kommunisten aus der sowjetischen Besatzungs-

5.3.1955

zone ausgewiesen werden und nicht zurückkehren dürfen?

7) Wenn der Staatssicherheitsdienst in der sowjetischen Besatzungszone sein finsternes Treiben fortsetzen kann?

Es dürfte eindeutig feststehen, dass Wahlen unter diesen Bedingungen selbstverständlich nicht frei sind. Nun ist das Unstatte-liche geschehen: Die Christlich-Demokratische Union hat einen sozialdemokratischen Antrag im Bundestag abgelehnt, in dem verlangt wurde, dass in all diesen Punkten an der Saar die politischen Freiheiten hergestellt sein müssen, bevor man an die Wahlen geht. Wir haben lediglich den Wortlaut der sozialdemokratischen Anträge umge-schrieben auf die sowjetische Besatzungszone, an die Stelle der französischen Staatsbürger sowjetische Staatsbürger gesetzt, um die Bedeutung jener Ablehnung sozialdemokratischer Vorschläge durch die Mehrheit der CDU klarzumachen. Der Kampf um die Freiheit wird doch unerträglich diskreditiert, wenn man Freiheit nur von der sowjetischen Besatzungsmacht fordert, aber dieselbe Freiheit der Wahl in einem Gebiet verweigert, das von einer westlichen Besatzungsmacht in Händen gehalten wird.

Es könnte nichts Gefährlicheres geschehen, als wenn die sow-jetische Diplomatie Wahlen anbieten würde unter den Bedingungen, wie sie anscheinend die Christlich-Demokratische Union für das Saarge-biet noch für vertretbar hält. Das wären nämlich keine freien Wahlen.

Der Kampf um die Freiheit in der Saar ist kein nationalistischer Kampf der Deutschen um jeden Quadratmeter Bodens, der zum deutschen Staatsgebiet gehört, sondern der Kampf um die Freiheit an der Saar ist gleichzeitig ein Kampf um das Prinzip der demokratischen Freiheit überhaupt. Freiheit ist unteilbar. Wer sie für die sowjetische Be-satzungszone fordert, muß sie auch für die Einwohner des Saargebiets erkämpfen.

* * *
Klerikale "Europafront"

pt, Brüssel

Die belgische liberale und sozialistische Presse protestieren auf das entschiedenste dagegen, dass sich sowohl der Vatikan direkt wie der Bischof von Aachen in den immer schärfer werdenden belgischen

5.3.1955

Schulstreit einmischen. Der Vatikan hat sowohl in seinem offiziellen Blatt wie in drei Rundfunk-Sendungen die klerikale Opposition Belgiens aufgefordert, den Schulreformen, welche die liberal/sozialistische Koalitionsregierung dem Parlament vorgelegt hat, allen Widerstand entgegenzustellen. Die Katholiken ganz Europas wurden vom Vatikanseender aufgefordert, für den Sieg des belgischer Katholizismus im Schulstreit zu beten.

Noch mehr verargen die belgische Parlamentsmehrheit und die hinter ihr stehenden sozialistischen und liberalen Kreise es dem Bischof von Aachen, Fohlschneider, dass er in einem Hirtenbrief die belgische Regierung "Im Namen des Rechtes und der Freiheit" auffordert, von ihren Schulplänen abzulassen.

Diese Versuche, eine Unterstützungsfrent für den belgischen Klerikalismus zu bilden, werden ein parlamentarisches und diplomatisches Nachspiel haben. Von liberaler Seite ist eine kleine Anfrage im Parlament eingebracht worden, in welcher der Außenminister Spaak gefragt wird, ob die belgische Regierung beim Vatikan und bei der deutschen Bundesregierung gegen diese Einmischung in innerbelgische Angelegenheiten protestieren wird. Die Anfrage weist darauf hin, dass weder der Vatikan noch der deutsche katholische Klerus im Jahre 1914 und 1940 gegen die Besetzung Belgiens durch deutsche Truppen protestierten, obwohl sie damals mehr Anlass gehabt hätten, im Namen "des Rechtes und der Freiheit" sich für Belgien einzusetzen.

Außenminister Spaak wird Ende dieser Woche aus Kanada zurück-erwartet. Während es zweifelhaft ist, ob er bei der Bundesregierung mehr verlangen kann, als dass sie solche Kundgebungen wie die des Aachener Bischofs missbilligt, ist der Vatikan ein selbstständiger Staat, der völkerrechtlich verpflichtet ist, sich nicht in die innenpolitischen Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Man erwartet in Brüssel einen energischer Protestschritt der belgischen Regierung beim Vatikan, vielleicht sogar bis zur Abberufung des belgischen Geschäftsträgers beim Vatikan gehend.

Auf jeden Fall liegt ein systematisches Vorgehen des katholischen Klerus vor, denn auch französische patres in den Grenzgebieten haben

5.3.1955

ihre Gläubigen aufgefordert gegen "die Bedrängung der Kirche im benachbarten Belgien" zu beten und zu protestieren. Gleichzeitig hat der Klerus Belgiens in einer Riesenkundgebung, zu der Delegierte aller prokatholischen Organisationen, von den christlichen Gewerkschaften bis zu den katholischen Bauernverbänden und den katholischen Krankenkassen eingeladen waren, erneut mit Schulstreik und Sabotage der neuen Schulgesetze gedroht - auch mit dem zusätzlichen Versprechen an die belgischen Katholiken, dass der Vatikan und das ganze katholische Europa hinter ihrem Kampf gegen das sozialistisch-liberale Kabinett stünden.

* * *

Kirchliche Demonstration gegen das Recht

F.R. Wir würden uns - sehr im Gegensatz zur Einflußnahme der katholischen Kirche auf die staatliche, insbesondere die Bonner Personalpolitik - im allgemeinen peinlich davor hüten, die Ernennung kirchlicher Würdenträger zu kommentieren. Die Ernennung des neuen Stadtpfarrers von Zwiesel im Landkreis Regen (Bayern) kann aber nicht unwidersprochen hingenommen werden, weil es sich hierbei ganz offensichtlich um eine politische Demonstration handelt.

Neuer Stadtpfarrer von Zwiesel wurde nämlich der Geistliche Franz Xaver Neun aus der niederbayerischen Marktgemeinde Tann, der dadurch bekannt wurde, dass er gegen das Personenstands-Gesetz verstieß und ein Paar, ohne die standesamtliche Trauung abzuwarten, kirchlich einsegnete.

Es wäre noch erträglich, wenn man in der Beförderung des Pfarrers Neun nur einen Solidaritätsakt des erzbischöflichen Ordinariats von Passau zu sehen brauchte, auch wenn das schon ein bedenkliches Zeichen für die Loyalität des deutschen Episkopats gegenüber dem Staate wäre. Es steckt aber mehr dahinter, denn Pfarrer Neun wurde direkt durch den Papst in sein neues Amt eingesetzt, weil mit der Stadtpfarrei von Zwiesel die Ernennung zum päpstlichen Hausprälaten verbunden ist. Darin ist ohne Zweifel eine demonstrative Handlung zu sehen, die umso bedenklicher stimmen muß, als sie auf die höchste Stelle der katholischen Kirche zurück geht.

Die Bundesregierung hat auf eine entsprechende kleine Anfrage FDP und der SPD am 24. Februar 1955 erklärt, dass sie bei dieser Trauung, die Pfarrer Neun vorgenommen hat, den Tatbestand eines "schweren sittlichen Notstandes" im Sinne des Art. 26 des Reichskonkordates nicht als gegeben ansieht und dass sie über die Deutsche Botschaft beim Heiligen Stuhl entsprechende Vorstellungen erheben werde. Am 4. März hat dann der Vatikan die Ernennung zum päpstlichen Hausprälaten vorgenommen. Deutlicher als in dieser Antwort konnte der Mißachtung der staatlichen Beschwerde kaum Ausdruck gegeben werden. Es wird interessant sein, ob und wie die Bundesregierung auf diese klare Herausforderung reagiert.

* * *

Der Mann des Reichsbanners

E. Th. Durch ein Telegramm seiner Gattin aus London erfuhren seine alten Freunde, dass Karl Hoeltermann, Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bis 1933, am letzten Freitag in London, wenige Tage vor seinem Geburtstag, im Alter von 61 Jahren gestorben ist. Hoeltermann war einer der Gründer des Reichsbanners, der auch das erste große Treffen 1924 in Magdeburg organisierte. Durch diesen Aufmarsch der Hunderttausend aus dem ganzen Reichsgebiet auf dem Magdeburger Domplatz wurden damals zum ersten Mal die Bundesfarben Schwarz-Rot-Gold so sichtbar, dass niemand mehr darüber spotten durfte.

Karl Hoeltermann war der Sohn eines Gewerkschaftlers aus Nürnberg. Er war Schriftsetzer und kam unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem ersten Weltkrieg zu Adolf Braun, dem neben Friedrich Stampfer anerkanntesten Zeitungsmann der Sozialdemokraten in die Redaktion der "Fränkischen Tagespost" nach Nürnberg. In dieser Redaktion war auch Paul Kröger. Schon 1921 wurde Hoeltermann politischer Redakteur der Magdeburger Volksstimme, und als deren Chefredakteur Paul Bader den Ruhestand trat, wurde der kaum 30jährige Chefredakteur dieser Zeitung, die zu den größten der sozialdemokratischen Partei gehörte.

1933 war Hoeltermann der von der SA am eifrigsten gesuchte Mann. Es gelang ihm, ins Ausland zu fliehen. Verhältnismäßig früh kam er nach London. Aus der Londoner Emigration kehrte er nicht mehr zurück. Deshalb er in England blieb, haben seine Freunde nicht erfahren. Hoeltermann erlebte an sehr bedeutender Stelle die entscheidungsschweren Jahre vor '33. Da er ein Mann war, der ausgezeichnet mit der Feder umgehen konnte, muß man bedauern, dass er nicht gründlich über diese Jahre berichtet hat. Vielleicht befinden sich in seinem Nachlass noch Aufzeichnungen, die mithelfen können, die deutsche Geschichte in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen zu erklären.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau

Der Kampf geht weiter

Entschliessung der sozialdemokratischen Führungskörperschaften "Partei-Vorstand, Partei-Ausschuss und Kontrollkommission" auf ihrer Sitzung am 4. März 1955.

Der Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist trotz der Annahme der Pariser Verträge durch die Regierungsmehrheit im Bundestag nicht beendet.

Die von der Paulskirche ausgehende Bewegung hat in allen Schichten des deutschen Volkes begeisterte Zustimmung gefunden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt fest, dass die Annahme der Verträge im Bundestag im Widerspruch zum Willen der Mehrheit des deutschen Volkes erfolgt ist, die neue Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands vor der Ratifikation der Pariser Verträge fordert.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird daher ihren Kampf zur Verwirklichung dieser Forderung im Rahmen und auf dem Boden der durch das Grundgesetz gegebenen Möglichkeiten fortsetzen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hält unverändert an ihrer Forderung nach sofortiger Einleitung von Verhandlungen der vier Besatzungsmächte über das Deutschland-Problem fest. Sie erwartet von der Bundesregierung, dass sie unverzüglich in diesem Sinne bei den Besatzungsmächten vorstellig wird.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt noch einmal fest, dass die verhängnisvollen Folgen, die sich für das deutsche Volk und für alle Bemühungen um eine Entspannung in Europa und der Welt aus der Annahme der Pariser Verträge ergeben, ausschliesslich von der Bundesregierung und ihrer Mehrheit im Bundestag zu verantworten sind.

Die Annahme der Verträge ist ein neuer Beweis dafür, dass die Bundesregierung und ihre Bundestagsmehrheit trotz aller feierlichen Bekenntnisse zur deutschen Einheit der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik den Vorrang geben. Mit dieser Politik fördert die Bundesregierung jene Kräfte in Ost und West, die die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands anstreben und die in Europa die sogenannte Ko-Existenz auf der Grundlage der Fortdauer der Spaltung Deutschlands zu erreichen versuchen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sieht es als entscheidende Aufgabe an, zu verhindern, dass die beiden Teile Deutschlands in die beiden Machtblöcke der Welt integriert werden. Wenn junge deutsche Menschen einander in den Uniformen der beiden Machtblöcke gegenüberstünden, so widerspräche dies den elementarsten Lebensinteressen des deutschen Volkes. Eine Verschärfung der internationalen Spannungen und eine Erhöhung der Kriegsgefahr in der Welt wären die unausbleiblichen Folgen, wenn statt einer friedlichen Regelung der deutschen Wiedervereinigung die enghütige Einschmelzung der Teile Deutschlands in die Machtblöcke vorgenommen würde.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lehnt es eindeutig ab, den Vorstellungen der sowjetischen Machtheber Vorschub zu leisten, die mit der Parole einer Volksbefragung lediglich ein Propagandamittel zugunsten ihrer eigenen Machtposition bezwecken. Die Sozial-

demokratie bekämpft gleichermassen die Diffamierungsversuche, die von den Koalitionsparteien gegen die Paulskirchenbewegung gerichtet worden, wie jeden Versuch, diese Bewegung für die Einheit Deutschlands in Freiheit durch kommunistische Machenschaften zu verfälschen.

Die Pankower Kommunisten haben die Möglichkeit, die Ernsthaftigkeit ihres Willens zur Einheit Deutschlands in Freiheit zu beweisen, indem sie auf die Sowjetregierung einwirken, damit diese den Westmächten in aller Form konkrete Vorschläge für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit unterbreitet, die für alle Beteiligten in West und Ost und für das deutsche Volk selbst annehmbar sind, und die geeignet sein müssen, die Freiheit eines wiedervereinigten Deutschlands und die Sicherheit des deutschen Volkes wie der übrigen Völker Europas zu garantieren.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dankt den Millionen Männern und Frauen aus allen Schichten unseres Volkes, die sich in Geiste der Kundgebung in der Paulskirche am 29. Januar zusammengefunden haben und ungeachtet ihrer politischen, weltanschaulichen oder religiösen Überzeugung die Forderung nach neuen Viermächteverhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung vor der Aufrüstung der Bundesrepublik gestellt haben.

Vorstand und Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei danken der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion für ihren sachlichen und fundierten Kampf gegen die Verträge während der Bundestagsdebatte und für die Einmütigkeit, mit der sie das Pariser Vertragswerk abgelehnt hat. Sie bitten die Bundestagsfraktion auch weiterhin alle parlamentarischen Möglichkeiten auszunutzen, die geeignet sind, der Verwirklichung des vorranglichsten Ziels zu dienen: der Einheit Deutschlands in Freiheit.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands richtet einen besonders herzlichen Gruss an die Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone. Die vielen Willenskundgebungen aus der Zone und die Zustimmung, die an die Sozialdemokratische Partei und die Bundestagsfraktion während der Aktion für die Wiedervereinigung Deutschlands gerichtet worden sind, bleiben für die Sozialdemokratie eine grosse Ermutigung für die Fortsetzung dieses Kampfes. Die Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone darf überzeugt sein, dass sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auch weiterhin leiten lassen wird von den Interessen des ganzen deutschen Volkes. Es ist ihr Wille, die Politik durchzusetzen, die dem deutschen Volk die staatliche Einheit in Freiheit und den Frieden gibt und damit zugleich der Freiheit und dem Frieden der Völker Europas und der Welt dient.

Die Saarforderungen der SPD

Die Bundestagsdebatte über das Saarstatut hat die Befürchtungen der SPD verstärkt, dass

- die Freiheitsrechte der deutschen Saarbevölkerung durch das Statut nicht gesichert sind,
- die wirtschaftliche Sicherheit der Saarbevölkerung nicht garantiert ist und
- dem endgültigen Ausscheiden des Saargebietes aus dem deutschen Staatsverband Vorschub geleistet wird.

Die Ablehnung der sozialdemokratischen Entschliessung über die wirtschaftliche Sicherheit und die Freiheitsrechte an der Saar durch die CDU/CSU-Fraktion kommt einer völligen Preisgabe der Interessen der deutschen Bevölkerung an der Saar gleich. Das Saarstatut steht im strikten Widerspruch zu einer Politik, die die Wiederherstellung der deutschen Einheit als die vorranglichste Aufgabe ansieht: Die Erfüllung dieser vorranglichsten Aufgabe ist uns nicht nur im Osten, sondern auch im Westen gestellt. Das Statut aber besiegelt auf nicht absehbare Zeit die Lösung dieses Teiles deutschen Staatsgebietes aus dem deutschen Staatsverband.

Angesichts der schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten über das Saarstatut, die als Folge der Bundestagsdebatte zwischen der französischen Regierung und der deutschen Bundesregierung neu und verstärkt aufgetaucht sind, richtet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands an die Bundesregierung die dringende Aufforderung, in der Ratifizierung des Statuts nicht fortzuführen, bevor nicht in neuen Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und der Bundesregierung diese Meinungsverschiedenheiten geklärt sind und dem Bundestag Gelegenheit gegeben worden ist, zu diesen Verhandlungen und ihren Resultaten Stellung zu nehmen. Die Verwirklichung des Saarstatuts in der jetzigen Form würde zu einer bedauerlichen Belastung der Beziehungen zwischen dem französischen und dem deutschen Volk führen und die Entwicklung einer dauerhaften und vertrauensvollen Freundschaft zwischen beiden Völkern verhindern.